

Nr. 368 | 01.09.2026

Polen-Analysen

Künstliche Intelligenz – Potential und Wirklichkeit

ANALYSE	
Künstliche Intelligenz in Polen: Lässt sich das heimische Potential steigern? Mateusz Łabuz, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	2
DOKUMENTATION	
Die Politik für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz in Polen bis 2030 (Strategiepapier des Ministeriums für Digitalisierung, November 2025)	8
UMFRAGEN	
Umfragen in der Bevölkerung zur KI-Nutzung	9
CHRONIK	
7. Juli – 14. August 2026	12

Künstliche Intelligenz in Polen: Lässt sich das heimische Potential steigern?

Mateusz Łabuz, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

DOI: 10.31205/PA.368.01

Zusammenfassung

Im Jahr 2026 verfügt Polen über fast alles, was notwendig ist, um das eigene Potential im Bereich Entwicklung und Einführung Künstlicher Intelligenz (KI) auszubauen. Das vermittelt ein umfangreiches, 2025 von der Regierung verabschiedetes Strategiepapier. Polen hat den größten Pool von IT-Spezialisten in Ostmitteleuropa, eine starke Wirtschaft und es kann günstige makroökonomische Indizes vorweisen. In Posen (Poznań) und Krakau (Kraków) werden aktuell zwei europäische KI-Fabriken gebaut, und zwei unabhängige Sprachmodelle sind bereits einsatzbereit; eines wird in der öffentlichen Verwaltung angewendet. Hinzu kommen Entwicklungsimpulse aus dem Verteidigungssektor und der Rüstungsindustrie, wo stark in Innovationen investiert wird. Dieses Bild zeigt aber auch deutliche Risse. Nur 8,4 Prozent der polnischen Unternehmen nutzen KI-gestützte Systeme und die finanzielle Förderung der öffentlichen Hand für Forschung und Entwicklung stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau.

Noch vor einigen Jahren galt Künstliche Intelligenz als eine Technologie für die Zukunft. Eingeführt in verschiedene Branchen, erhöhte sie schrittweise deren Produktivität, aber selten schaffte es die KI auf die Titelseiten der Zeitungen. Mit der Revolution der generativen KI – hier war die Einführung von ChatGPT am 30. November 2022 eine wichtige Zäsur – begann eine neue Etappe im globalen Technologiewettbewerb. Zu den weltweiten Anführern, v. a. die USA und China, begannen andere Länder aufzuschließen – in kleinerem Ausmaß, mit weniger Wucht, aber mit Potential für kluge, richtungsweisende Investitionen, die das Wirtschaftswachstum fördern und partnerschaftliche Zusammenarbeit begünstigen können, auch im Rahmen der Europäischen Union.

Damit solche Entwicklungen möglich werden, ist es erforderlich, ein ganzes strukturell-organisatorisches Ökosystem zu erschaffen, das nicht allein auf Investitionen gründet. Gleichmaßen wichtig sind konkrete Strategien, die Entwicklung des Humankapitals, die Sensibilisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins, kluge Regulierungen, Fürsorge für nachhaltige Entwicklung und natürliche Ressourcen und schließlich gehört auch dazu, der Versuchung zu widerstehen, eine Technologie um jeden Preis zu implementieren.

Im zweiten Halbjahr 2026 besitzt Polen bereits den Großteil der Komponenten, die notwendig sind, um das heimische Potential auf dem Feld der KI auszubauen. Dazu gehören v. a. ein umfangreicher Experten-Pool, hervorragende makroökonomische Bedingungen und ein immer besseres Umfeld für Unternehmen. Die Regierungsstrategie »Die Politik für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz in Polen bis 2030« (»Polityka rozwoju sztucznej inteligencji w Polsce do 2030 r.«) vom November 2025 zeigt allgemein die Richtungen für die Entwicklung von KI in Polen auf. Erste konkrete Projekte nehmen Gestalt an –

dem Netzwerk Polish Grid Infrastructure (PLGrid) schließen sich weitere Zentren an, die Rechenkapazitäten steigen und es werden gegenwärtig zwei europäische KI-Fabriken in Posen und Krakau gebaut. Zwei umfangreiche polnische Sprachmodelle – Bielik und PLLuM – haben Benchmark-Tests durchlaufen, und eine von ihnen wurde bereits in der öffentlichen Verwaltung eingeführt. Außerdem entwickelt sich der Rüstungssektor, angesprochen von Verteidigungsausgaben auf Rekordniveau, in schwindelerregendem Tempo, was mit der Einführung weiterer autonomer Systeme für die Streitkräfte und der Offenheit Innovationen gegenüber einhergeht.

All dies bedeutet nicht, dass Polen bereits das »Herz des Kontinents der Künstlichen Intelligenz« ist – wie es als allgemeines und symbolisches Ziel in der Regierungsstrategie formuliert wurde. Es reicht hier darauf zu verweisen, dass der Anwendungsgrad von KI in polnischen Unternehmen überraschend niedrig ist (deutlich niedriger als im EU-Durchschnitt) und die staatliche Finanzierung von Innovationen viel zu wünschen übrig lässt.

Die umrissenen Basisfakten zeigen, dass Polen ein Land mit einem enormen Potential ist, welches aber nicht vollständig ausgeschöpft wird. Allerdings ergeben sich daraus Chancen für eine umsichtige, verantwortungsvolle und sichere Einführung KI-gestützter Innovationen, die nicht blind Trends hinterherjagt, sondern auf einer durchdachten Strategie gründet. Deren Fundament sollte die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und die Skalierung von Systemen sein, die sich in Polen bereits bewährt haben.

Eine starke Wirtschaft als Antrieb für Innovationen

Ein großer Teil der polnischen Trümpfe im Bereich Wirtschaft lässt sich auf die dynamische wirtschaftli-

che Entwicklung Polens und gelungene Investitionen in die Infrastruktur, die heimische Industrie und das Humankapital zurückführen. Das stabile Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – für das zweite Quartal 2026 wird es auf 3,8 Prozent geschätzt –, eine niedrige Arbeitslosenquote, zahlreiche Investitionen in die Infrastruktur – all das prägt das Bild eines Landes, das die Transformation bereits hinter sich gelassen hat und immer schneller die Distanz zu den Ländern Westeuropas aufholt. Ein deutlicher Beweis dafür ist, dass Polen inzwischen zur G20, der Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften weltweit, gehört.

Polen kann heute das größte Personalaufgebot im Technologiebereich in Ostmitteleuropa vorweisen. Schätzungen zufolge umfasst die Branche der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bis zu 800.000 Personen, und die zahlreichen Studienfächer in diesem Bereich garantieren einen ständigen Zufluss neuer Talente: Das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) gibt die Gesamtzahl von mehr als 70.000 Studierenden an. Das spiegelt sich im Übrigen auch in den hervorragenden Ergebnissen polnischer Wissenschaftler bei internationalen Wettbewerben wieder. Das Symbol der Stärke der polnischen Branche ist Przemysław »Psyho« Dębiak, der der letzte Mensch war, dem es gelang, im prestigeträchtigen Programmierwettbewerb AtCoder in Tokio 2025 KI-Modelle zu besiegen. Allerdings stillt nicht einmal die Position des Anführers in Ostmitteleuropa den Bedarf des Marktes an Arbeitskräften. Trotz der wachsenden Zahl an IKT-Experten besteht immer noch ein beträchtliches Defizit und der Anteil der Absolventen von IKT-Fächern an der Gesamtheit der Absolventen in Polen lag unter dem EU-Durchschnitt. Diese Lücke muss Polen schnellstmöglich schließen.

Ein Problem des polnischen Arbeitsmarktes ist auch das Outsourcing von Fähigkeiten. Ein bedeutender Teil der Arbeitnehmer in der IKT-Branche verkauft Dienstleistungen an ausländische Auftraggeber. Das ist ein Einkommensmodell, das zwar ermöglicht, Kompetenzen aufzubauen, aber auch die Schwächung des heimischen Investitionsmarktes nach sich zieht. Einzelne Leuchttürme wie z. B. das von Polen gegründete Unternehmen ElevenLabs, das sich auf KI-Sprachgenerierung spezialisiert, sind ein weißer Rabe und bestätigen die Regel, dass hinter den Erfolgen der Unternehmen polnische Experten stehen, aber das Kapital nicht aus Polen kommt. Ähnlich kann man den Einsatz zahlreicher polnischer Forscher bei OpenAI bewerten, dessen Mitbegründer der Pole Wojciech Zaremba ist. Die Polen sind ein wichtiger Bezugspunkt auf der Weltkarte der Innovationen, aber sie arbeiten selten auf Rechnung von Unternehmen mit polnischem Kapital.

In diesem Zusammenhang sticht eine Zahl heraus, die diejenigen beunruhigen sollte, die sich mit der Ent-

wicklung Künstlicher Intelligenz in Polen befassen, und die gleichzeitig Anlass gibt, sich mit der tatsächlichen Nachfrage nach KI im privaten Sektor auseinanderzusetzen. Nach Daten von Eurostat haben im Jahr 2025 nur 8,4 Prozent der polnischen Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern mindestens eine KI-Technologie genutzt, während der EU-Durchschnitt bei ca. 20 Prozent lag. Der Anteil steigt zwar (2024 hatte er nur 5,9 Prozent betragen), aber es wird deutlich, dass die polnischen Unternehmer immer noch skeptisch gegenüber dem Einsatz von KI sind. Anders die polnischen Bürger, sie greifen zunehmend selbständig auf generative KI-Modelle zurück (2026 haben dies bereits 30 Prozent der Internetnutzer angegeben).

Das ist ein interessanter Widerspruch. Polen verfügt über ein enormes Humankapital auf dem Feld der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie über zahlreiche lokal eingesetzte KI-gestützte Anwendungen, hat aber trotzdem ein ernstzunehmendes Problem mit der breit angelegten Implementierung von KI. Das könnte zum Teil auf die Skepsis der Unternehmer zurückgeführt werden, ob bestimmte KI-Systeme tatsächlich nützlich sind (und dafür besteht Anlass, denn Untersuchungen des MIT Media Lab zeigen, dass sich bei 95 Prozent der Unternehmen die Einführung von KI nicht auf den Gewinn niederschlug); weitere Gründe könnten geringes Wissen über KI sein oder, was sehr wahrscheinlich ist, Schwierigkeiten, in Innovationen zu investieren.

Daher muss der Kapitalzufluss, auch seitens der öffentlichen Hand, als eine strukturelle Schwäche bewertet werden. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigen zwar, aber einen deutlichen Anteil daran hat der private Sektor. Die staatliche Finanzierung bleibt seit Jahren auf gleichbleibend niedrigem Niveau; 2024 betrugen die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung ca. 1,41 Prozent des BIP. Es ist also nicht verwunderlich, dass Polen im Europäischen Innovationsanzeiger (European Innovation Scoreboard) der Europäischen Kommission immer noch an der Spitze der Gruppe der »aufstrebenden Innovatoren« geführt wird, weit vom EU-Durchschnitt entfernt.

Investitionen, Pläne, Risikoanalysen

Diese Schwächen wurden in den Strategiepapieren der Regierung zur Künstlichen Intelligenz teilweise identifiziert. Grundlage dieser Papiere ist das Dokument »Die Politik für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz in Polen bis 2030«, das vom Ministerium für Digitalisierung im November 2025 veröffentlicht wurde. In den vorangegangenen Beratungen darüber haben ca. 200 Organisationen mehr als 1.000 Kommentare und Kritikpunkte eingereicht, was das Ausmaß des gesellschaftlichen Interesses an KI demonstriert. Das aktuelle Strate-

giepapier ersetzt dasjenige aus dem Jahr 2020, das noch vor den zurzeit angewandten Modellen und der Revolution der generativen KI ausgearbeitet worden war. Es ergänzt außerdem ein anderes staatliches Programm, die »Strategie zur Digitalisierung des Staates bis 2035« (Strategia Cyfryzacji Państwa do 2035 r.) aus dem Jahr 2024.

Der Inhalt des Strategiedokuments hält eine gute Balance zwischen dem Wunsch nach Innovation und der wirtschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung eines weit gefassten gesellschaftlichen Wohlstands. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung der generativen KI schneller verläuft als die institutionellen und gesellschaftlichen Reaktionen darauf. Je mehr Möglichkeiten die weiterentwickelten Systeme erlangen, desto größer wird die Versuchung, ihnen mehr Aufgaben und auch Entscheidungen zu übertragen, was wiederum dazu führen kann, von der kognitiven Infrastruktur abhängig zu werden. Die echte Herausforderung und Prüfung für die Strategie eines Landes zur Einführung von KI ist also nicht das Tempo der Innovationen, sondern ob es das Land schafft, gleichzeitig auch das Potential und die Fähigkeit zur Bewertung der Lage zu entwickeln. Insofern kann die im Strategiepapier von 2025 vorgenommene Einteilung in die Bereiche Ökosystem, Infrastruktur, Daten, Wissenschaft, Bildung, Entwicklung des Humankapitals und schließlich Unterordnung der Entwicklung der KI unter ethische Prinzipien (»Vertrauenswürdige KI«) als positiv bewertet werden. Das Ministerium für Digitalisierung hat auch die wichtigsten Interessensgebiete sowie die Werte, die das Fundament für die Anwendung von KI-Systemen sind, benannt. Die Entwicklung von KI muss demnach »am Menschen und der gesellschaftlichen Sicherheit ausgerichtet« sein.

Das Strategiepapier bestimmt klar die Infrastruktur, auf die sich Polen zu stützen beabsichtigt. Ihr Fundament soll ein Netz aus Supercomputern und -clouds (PLGrid, Rządowa Chmura Obliczeniowa) sowie KI-Fabriken sein, und zwar PIAST in Posen (Poznańskie Centrum Superkomputerowo-Sieciowym) und GAIA in Krakau (Cyfronet AGH). Potentiell ließe sich dieses Netzwerk mit Baltic AI GigaFactory verstärken, um deren Bau sich Polen mit Partnerländern bewirbt. Die Infrastruktur von PLGrid wird von Zentren in Warschau (Warszawa), Breslau (Wrocław), Danzig (Gdańsk) und Otwock ergänzt. Diesen Kreis wird ab 2027 noch Lodz (Łódź) sowie die oberschlesische Metropolregion (Górnośląsko-Zagłębiowska Metropolia – GZM) verstärken, was ein zusätzlicher Entwicklungsimpuls für die betreffenden Städte und Regionen zu werden verspricht.

Das Projekt der KI-Gigafabrik ist ein Wert an sich. Unabhängig vom Ausgang des EU-Wettbewerbs hat es bereits nachhaltige Effekte mit sich gebracht: den Austausch zwischen Partnerländern sowie die Vernetzung

von Unternehmen und Einrichtungen des privaten Sektors in Ostmitteleuropa und somit regionale Zusammenarbeit in der Praxis. Hier spielt Polen zurzeit die Rolle des Initiators und nicht nur eines Teilnehmers.

Unter den konkreten Plänen zur Entwicklung der Infrastruktur wird auch die Erweiterung der ExaFlops (Floating Point Operations Per Second; Maß für die Leistungsfähigkeit von Computern) von drei auf 40 im Netz PLGrid aufgeführt, was Polen zumindest eine grundlegende Unabhängigkeit gewährleisten soll. Was die Infrastruktur betrifft, soll bis 2030 Folgendes entstehen:

- Musterlösungen für Behördenassistenten in der Zentralverwaltung, der Regionalverwaltung (Woiwodschaftsebene) und der Kommunalverwaltung;
- eine Plattform für Daten und KI-Modelle, was die Entwicklung von Systemen für die öffentliche Verwaltung ermöglicht;
- eine Plattform für KI und Automatisierungsprozesse, ausgerichtet auf die Anwendung in der öffentlichen Verwaltung.

Begleitet werden soll dies von einer wesentlichen Erweiterung der Kompetenzen im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Bis 2030 sollen 30 Prozent der polnischen Gesellschaft dank Bildung über Kompetenzen im Bereich der praktischen KI-Anwendung verfügen, die über das Basiswissen hinausgehen. Geplant ist auch ein Anstieg der Zahl der Absolventen von Fächern im Bereich KI um 80 Prozent und ein Anstieg um 50 Prozent bei den abgeschlossenen Dissertationen im Themenbereich KI. Die Autoren des Strategiepapiers gehen davon aus, dass »sich der polnische Arbeitsmarkt bis 2035 um 2,1 Millionen Arbeitnehmer verringern wird, was 12,6 Prozent der gegenwärtigen Beschäftigungsquote entspricht. Aus diesem Grunde ist die Erhöhung des Anteils automatisierter Prozesse eine Notwendigkeit und nicht eine Gefahr. Die Automatisierung von Prozessen soll ermöglichen, Potential in anderen Bereichen freizusetzen.« Das ist eine recht optimistische Annahme. Die Entwicklung sollte laufend mit Hilfe eines Bewertungsindex' bezüglich des Einflusses der generativen KI auf die polnischen Arbeitnehmer beobachtet werden.

Parallel zum Aufbau von Kompetenzen sollten die Chancen und Risiken, welche die Entwicklung von KI-Technologien begleiten, umfassend reflektiert werden. In der Regierungsstrategie von 2025 wird den kognitiven Gefahren im Zusammenhang mit der Nutzung der generativen KI am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das allgemeine Ziel, »grundlegende Kompetenzen aufzubauen, die notwendig für eine effektive Nutzung der KI sind; nicht nur Arbeiten mit KI, sondern auch kritisches Denken, Verifizieren von Informationsquellen, Softskills«, muss von konkreten gesellschaftlichen Maßnahmen sowie einer detaillierten Analyse dessen, wie Künstliche Intelligenz

Denkprozesse und zwischenmenschliche Beziehungen beeinflusst, begleitet werden.

Unterdessen sollen die Entwicklungen im großen Stil etabliert werden und auch die Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung umfassen. Das Ministerium für Digitalisierung geht davon aus, dass bis 2030 mindestens 80 Prozent der Einrichtungen mit öffentlichen Aufgaben KI-Instrumente nutzen und mindestens 1.000 öffentliche Einrichtungen das polnische Sprachmodell PLLuM als Pilotprojekt einführen werden. Priorität haben die öffentlichen Gesundheitsdienste und die Justiz. Des Weiteren ist geplant, Gerichtsverfahren dank der Einführung von KI-Instrumenten um mindestens 30 Prozent zu verkürzen.

Diese Zielmarken zu erreichen wird ohne die Aktivierung des privaten Sektors nicht möglich sein. Deshalb sieht die Regierungsstrategie u. a. vor:

- Optimierung der Geschäftsprozesse und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bei mindestens 34 Prozent der polnischen kleinen und mittleren Unternehmen, die KI-Instrumente nutzen;
- Wertsteigerung der Investitionen des Typs Venture Capital (Risikokapital) sowie Private Equity (außerbörsliches Beteiligungskapital) im KI-Sektor um 50 Prozent;
- mindestens 50 Unternehmen jährlich testen ihre KI-Systeme in einem kontrollierten rechtlichen Umfeld (»KI-Reallabor«);
- mindestens ein Prozent Wertschöpfung am polnischen BIP insgesamt, generiert von Unternehmen, die KI-Systeme entwickeln.

Das sind außergewöhnlich starke Ansagen für den Ausbau des polnischen Potentials im KI-Bereich, die von konkreten Innovationen ergänzt werden, was im Folgenden noch dargestellt wird. Diejenigen, welche die Strategie umsetzen, sollten jedoch der Versuchung widerstehen, KI einzuführen allein um der Einführung willen. Jedes der aufgeführten Ziele muss dem Wirtschaftswachstum dienen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der gesellschaftlichen Sicherheit.

Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass der ambitionierte Plan, »das Herz des Kontinents der Künstlichen Intelligenz« zu werden, von gezielten Investitionen in Sektoren von besonderer Bedeutung begleitet werden sollte. In Sektoren wie Mobilität, Energie, Umwelt, Kultur- und Kreativwirtschaft beabsichtigt Polen »die Entwicklung spezialisierter Kompetenzen durch Engagement in europäischen Initiativen zu unterstützen«. Das betrifft Programme speziell für Unternehmen oder auch im Rahmen von Erasmus+.

Das aktuelle Strategiepapier gibt einen Überblick, es ist in vielen Aspekten konkret, gleicht aber andererseits einer Sammlung von Absichtserklärungen und Ambitionen. Seine effektive Umsetzung hängt v. a. von finanziellen Mitteln und dauerhaftem Engagement ab.

Deshalb hat die polnische Regierung bereits 2024 die Einrichtung eines KI-Fonds bekannt gegeben, in dessen Rahmen unterstützende Maßnahmen für die Entwicklung von KI und kritischen Technologien koordiniert werden. Der Wert zum Start des Fonds betrug ca. eine Milliarde Zloty (ca. 230 Millionen Euro). Mitte 2026 gab der Ausschuss für Digitalisierung u. a. Investitionen in einen KI-Hub für die öffentliche Verwaltung in Höhe von 150 Millionen Zloty (ca. 34,5 Millionen Euro) eine positive Bewertung. Das löst natürlich nicht das grundlegende Problem der Abhängigkeit von ausländischen KI-Modellen, stellt aber ein Fundament bereit, um heimische Systeme zu entwickeln und einzuführen.

Innovationen auf dem Weg zur technologischen Souveränität?

In den letzten Jahren wurde in der EU wiederholt die übergroße Abhängigkeit von externen Zulieferern problematisiert, z. B. in Bezug auf Rohstoffe und Verteidigung. Die Schlussfolgerungen waren immer gleich: Europa muss seine eigenen Fähigkeiten ausbauen, um zumindest teilweise selbständig zu werden. Mit der Entwicklung von Modellen der generativen KI, deren Anbieter v. a. Unternehmen aus den USA und China sind, ergab sich ein neuer Impuls, technologische Souveränität aufzubauen. Ehrlicherweise muss festgehalten werden, dass die Länder der Europäischen Union zurzeit von der außereuropäischen KI-Infrastruktur abhängig sind, und ohne entsprechende Investitionen sowie die Skalierung europäischer Systeme wird sich diese Situation nicht ändern. Polen verfügt hier über eine Reihe von Vorteilen bei der Konzeption, Realisation und Implementierung.

Das bereits mehrfach angeführte Humankapital begünstigt die Herausbildung einer grundlegenden Innovativität auf der konzeptionellen Ebene. Ein gutes Beispiel für polnische Innovativität ist das Unternehmen ElevenLabs, das 2022 von Mati Staniszewski und Piotr Dąbkowski gegründet wurde und Basismodelle für einen Pool von Audioanwendungen kreiert: Sprachsynthese, Entwicklung von Konversationsagenten, Transkriptionen, Stimmen klonen sowie Musik erstellen. Ein Büro von ElevenLabs liegt in Warschau, die Hauptsitze befinden sich aber nicht in Polen und die Finanzierung wird immer wieder durch Investitionsrunden über den offenen Markt gewährleistet.

Deutlich »polnischer« sind die beiden großen Sprachmodelle Bielik und PLLuM. Bielik kann man als globale Ausnahme bezeichnen. Es ist ein Open Source-Modell, das ohne finanziellen Rückhalt von einer Gruppe Enthusiasten rund um die Stiftung SpeakLeash kreiert wurde. Die Geschichte von Bielik erinnert an eine Art »allgemeiner Mobilisierung« Freiwilliger, die in ihrer Freizeit an der Entwicklung eines eigenständigen polnischen Sprachmodells arbeiten, wofür Daten aus legal

zugänglichen Quellen im öffentlichen Bereich verwendet werden. In dem Projekt wird die für Polen typische gesellschaftliche Mobilisierung für ein gemeinsames Ziel genutzt. Im Rahmen des Projektes »Bürger Bielik – zeige Bielik Polen« (Obywatel Bielik – Pokaż Bielikowi Polskę) ermöglichten die Urheber des Modells den Usern, eigene Bilder mit entsprechender Bezeichnung zu veröffentlichen, mit dem Ziel, das Modell visuell aufzubauen sowie das polnische kulturelle Erbe abzubilden. Zweifellos wird Bielik bei der Erkennung von Pieroggen und Żurek seine amerikanischen Konkurrenten schlagen, allen voran ChatGPT. In verschiedenen, deutlich wichtigeren Tests schneidet das polnische Modell ebenfalls sehr gut ab, was zeigt, dass sich ein Projekt dieser Art realisieren lässt – auch mit einem um ein Vielfaches kleineren Budget und ohne das organisatorische Umfeld eines großen Investors.

Das Schwesterprojekt PLLuM ist anders strukturiert. Hier zeichnet ein Konsortium aus führenden polnischen, staatlich finanzierten Forschungseinrichtungen, darunter das Wissenschaftliche und Akademische Computernetzwerk (Naukowa i Akademicka Sieć Komputerowa – NASK), verantwortlich für die Entwicklung des Modells. Aktuell ist PLLuM ein Verbund von polnischen Sprachmodellen, die mit legal erhältlichen Daten trainiert werden. PLLuM wird nicht als Konkurrenz zu den wichtigsten Playern aufgefasst, sondern es soll speziell für Verwaltungszwecke eingesetzt werden, d. h. es wird in der App mObywatel [mobile App für den Zugang zu digitalen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung; Anm. d. Übers.] als virtueller Assistent für die Bürger eingesetzt und beantwortet ihre Fragen, und es findet in den behördeninternen Abläufen Anwendung. Die Finanzierung war mit einem zweistelligen Millionenbetrag bescheiden. Einige Experten sehen hier aber einen Beweis für den polnischen Ehrgeiz und unterstreichen, dass ein Staat mittlerer Größe in der Lage ist, ein eigenes, funktionales Modell zu besitzen, das sowohl an die eigenen lokalen Bedarfe angepasst ist als auch die Kontrolle über die verarbeiteten Daten behält.

In meinem Buch »Das Ende der Wirklichkeit« (2026) führe ich dazu weiter aus: »Weder Bielik noch PLLuM werden ihre Daten nach Kalifornien schicken, sie werden keine chinesische Backdoor haben, die ein Monitoring der Aktivitäten ermöglicht. Sie zeigen vielmehr, dass Europa, Polen inbegriffen, im globalen Wettbewerb nicht ausschließlich der passive Konsument von Technologien sein muss, sondern auch aktives Subjekt sein kann. Natürlich sind die großen polnischen Sprachmodelle deutlich kleiner als die verbreitetsten Systeme wie ChatGPT, DeepSeek, Gemini oder Grok. Sie wurden allerdings auch nie als Marktkonkurrenz für die Technologiegiganten konzipiert, sondern als Alternative. Im Jahr 2026 steht diese Alternative bereits auf einem

soliden Fundament.« Diese Worte lassen sich auch auf andere Bereiche beziehen. Souveränität ist ein Schlüsselement für den Aufbau eigener Fähigkeiten im Bereich der Künstlichen Intelligenz.

Der Bereich, in dem Polen bereits heute die Rolle des Pioniers einnimmt, ist die nationale Verteidigung. Die Verteidigungsausgaben sind im Jahr 2026 noch einmal deutlich gestiegen und betragen vier bis fünf Prozent des BIP. Das wirkt sich auch auf die Innovativität der polnischen Streitkräfte sowie die in Polen erarbeiteten Lösungen aus. Eines der interessanteren Projekte ist ein Drohnenabwehrsystem, das in Zukunft immer mehr auf automatisierte Abläufe und das Potential der KI zurückgreifen wird. Die polnische Armee ist außerdem eine der ersten weltweit, die ein Zentrum zur Implementierung Künstlicher Intelligenz (Centrum Implementacji Sztucznej Inteligencji) gegründet haben. Dahinter stehen starke strategische und strukturelle Entscheidungen. Das Zentrum soll das vom Verteidigungsministerium verabschiedete Papier »Die KI-Strategie bis 2039« (Strategia Sztucznej Inteligencji do 2039 r.) umsetzen. Die Einführung von KI-Systemen wurde als eine der Prioritäten der Entwicklung der polnischen Streitkräfte festgelegt, wobei die hervorragend bewertete Führung der Streitkräfte zur Verteidigung des Cyberraums einen wichtigen Teil der Maßnahmen verantwortet. Künstliche Intelligenz bietet die Chance auf Entwicklung eigener Fähigkeiten, und ihre schrittweise Einführung ist angesichts der Steigerung feindlicher Cyberangriffe schlicht und einfach notwendig.

Das Gesetz über KI-Systeme

Den Antrieb für die Entwicklung der polnischen KI sollten private Unternehmen in effektiver Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sektor, die Streitkräfte inbegriffen, geben. Die EU-Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz aus dem Jahr 2024 tritt schrittweise in Kraft und erfordert trotz der Vorgabe, unmittelbar verpflichtend zu sein, in manchen Bereichen eine kluge Implementierung in die landesspezifischen Bedingungen. Das polnische Ausführungsgesetz trat am 11. August 2026 in Kraft, was eine deutliche Verspätung ist, zumal seine vollständige Umsetzung weitere Monate dauern wird. Polen hat hier den vorgegebenen Termin zur Benennung eines Aufsichtsorgans um fast ein Jahr überschritten.

Das Gesetz beruft den Ausschuss für Entwicklung und Sicherheit der Künstlichen Intelligenz (Komisja ds. Rozwoju i Bezpieczeństwa Sztucznej Inteligencji – KRiBSI), dem eine vom Sejm bestimmte und vom Senat für fünf Jahre bestätigte Person vorsteht. Der Vorsitzende wird sein Amt erst im Oktober 2026 antreten und die vollständige Besetzung des Ausschusses wird in den folgenden Wochen stattfinden, was eine weitere

Verzögerung bedeutet. Dass die polnische Regierung den Zeitplan nicht einhält, wird sicherlich nicht dazu beitragen, auf der Achse Staat – Unternehmen – Bürger Vertrauen aufzubauen.

Der KRiBSI steht also vor der schwierigen Aufgabe, Vertrauen zu schaffen und zu zeigen, dass der Staat unterstützen und kooperieren und nötigenfalls auch kontrollieren will und für eine sichere und verantwortungsvolle technologische Entwicklung eintritt. Der KRiBSI wird Strafen für nicht korrekt arbeitende Systeme und systemimmanente automatisierte Entscheidungen verhängen, ein kontrolliertes rechtliches Umfeld für Testphasen schaffen (»KI-Reallabor«) und Gutachten erstellen, die den Unternehmen Rechtssicherheit vor der Einführung konkreter Systeme geben. Mit Blick auf die Unterstützung von Innovativität spielen die KI-Reallabore eine Schlüsselrolle und ihre Finanzierung und Organisation werden einer der wesentlichen Impulse für Entwicklung sein. Polen ist eines der ersten EU-Länder, die KI-Reallabore für unterschiedliche Unternehmen und deren präferierte Bedingungen einsetzen. Doch letztlich wird die tatsächliche Überprüfung der Absichten und Ambitionen mit der Umsetzung der Gesetzesvorschriften stattfinden.

Bereits der Gesetzgebungsprozess zeigte, dass der polnische Gesetzgeber kein System aufbauen will, in dem der private Sektor einer strengen Kontrolle unterliegt. Der KRiBSI ist ein Aufsichtsorgan, dessen Hauptrolle nicht darin besteht, Strafen zu verhängen, sondern mit den Unternehmen zusammenzuarbeiten. Natürlich muss das so konzipierte System erst noch in der Zukunft getestet werden, insbesondere da der KRiBSI vor der schwierigen Aufgabe steht, die Interessen der Bürger zu schützen.

Partnerschaften auf neuem Niveau

Wenn etwas – abgesehen von den innovativen KI-Systemen – Chancen hat, ein höheres Level zu erreichen, dann ist es die Kooperation mit Partnerländern. Für Polen scheint die Zusammenarbeit mit Deutschland das naheliegendste zu sein. Dafür sprechen die Nachfrage in beiden Ländern, die geoökonomischen Bedingungen sowie die Polen und Deutschland verbindenden wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Polen sollte also nicht mit den größten technologischen Mächten konkurrieren, sondern seine Kompetenzen weiterentwickeln und wo es angezeigt ist, Synergien ausbauen, um die eigenen Möglichkeiten mit Partnern zu ergänzen. In dieser Hinsicht ist Deutschland ein natürlicher Partner. Eine Chance kann in der Schaffung eines grenzübergreifenden Technologieökosystems liegen, das Breslau mit der Region Dresden verbindet, gestützt auf das bereits gelegte Fundament der Halbleiterindustrie und anderer Unternehmen sowie auf

die wachsende Zahl polnischer Spezialisten der Informations- und Kommunikationstechnologien und Forschungsinstitute. Anstatt die deutsch-polnische Grenze als Trennlinie zwischen separaten Innovationsökosystemen aufzufassen, könnten sich beide Länder in ein gemeinsames Technologiezentrum verwandeln und Forschungsinfrastruktur, Humankapital, Investitionen und das Potential von Industrien verknüpfen.

Des Weiteren scheint es sinnvoll zu sein, auch Tschechien in die Zusammenarbeit einzubeziehen und eine Konzeption für ein »Dreieck der Innovationen« im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzgebiet zu erarbeiten. Ein solches Modell könnte gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme, Labore und Recheninfrastruktur, grenzübergreifende wissenschaftliche Programme und den Austausch von Forschenden umfassen sowie auch Erleichterungen für den Austausch von Ingenieuren und Wissenschaftlern zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Das Ziel sollte es sein, ein regionales Ökosystem zu schaffen, in dem sich die Möglichkeiten der Partnerländer gegenseitig stärken und ein Niveau des technologischen Potentials erreichen, das keine Seite nur auf sich gestellt erreichen würde.

Diese Logik der Synergie – und nicht des gewöhnlichen Technologietransfers – sollte auch die Zusammenarbeit im Bereich KI-Sicherheit leiten. Polnische Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Organisationen des öffentlichen Sektors, die sich mit Sicherheitsfragen in Bezug auf KI beschäftigen, könnten eine systematische Zusammenarbeit mit entsprechenden deutschen Instituten eingehen, gemeinsame Forschungsprogramme und Stipendien auflegen und eine gemeinsame Forschungsinfrastruktur schaffen. Das wäre insbesondere in Bereichen wie KI-Sicherheit, Cybersicherheit, kognitive Sicherheit, Resilienz kritischer Infrastruktur und vertrauenswürdige KI wertvoll.

Gleichzeitig sollte die Zusammenarbeit den Rahmen der Forschung verlassen und auch praktische Versuche einbeziehen. Polen und Deutschland könnten gemeinsame Pilotprojekte im Verteidigungs- und Sicherheitssektor anstoßen. Im kontrollierten Umfeld ausgewählter militärischer und Dual-Use-Anwendungen könnten KI-gestützte Systeme, Drohnenabwehrtechnologien, die Abwehr von Cyberangriffen und die Bekämpfung automatisierter Desinformation u. ä. getestet werden. Regulierte KI-Reallabore und bilaterale Testzentren können den institutionellen Rahmen für solcherart Experimente liefern, was gleichzeitig das Risiko beschränken würde, das mit der Einsetzung der Technologie in kritischen Bereichen einhergeht.

Der Ehrgeiz sollte darauf gerichtet werden, die deutsch-polnische (und eventuell tschechische) Zusammenarbeit in ein gemeinsames europäisches Technolo-

gieökosystem zu überführen und nicht eine Serie von Einzelprojekten durchzuführen. Für die beteiligten Länder wäre das eine praxisorientierte Form, die Innovations- und KI-Potentiale des jeweiligen Landes unter Ausnutzung der grenzüberschreitenden Möglichkeiten

zu skalieren. Für die Gesamtrechnung wäre das eine Investition in eine größere europäische technologische Souveränität.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. Mateusz Łabuz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Projekts Internationale Cybersicherheit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

DOKUMENTATION

Die Politik für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz in Polen bis 2030 (Strategiepapier des Ministeriums für Digitalisierung, November 2025)

[...]

7.2 Finanzierung

Im derzeitigen Modell werden die finanziellen Mittel für KI-Projekte gleichzeitig von mehreren Institutionen vergeben.

Eine Schlüsselrolle spielen in Polen in diesem Bereich v. a. das Nationale Zentrum für Forschung und Entwicklung (Narodowe Centrum Badań i Rozwoju – NCBR), das Nationale Wissenschaftszentrum (Narodowe Centrum Nauki – NCN), die Polnische Agentur für die Entwicklung der Industrie (Polska Agencja Rozwoju Przemysłu – PARP), die Bank für Landeswirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego – BGK) und der Polnische Entwicklungsfonds (Polski Fundusz Rozwoju – PFR), die die Mittelvergabe für Forschung und Entwicklung sowie Implementierung verantworten.

Zu den bestehenden Unterstützungsangeboten für die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz mit Mitteln aus den Fonds der Europäischen Union gehören u. a. die Ausschreibung des Programms Ścieżka SMART im Programm »Europäische Fonds für eine moderne Wirtschaft« (Fundusze Europejskie dla Nowoczesnej Gospodarki – FENG) mit einem Budget von 1,3 Mrd. Złoty (ca. 300 Mio. Euro), die Ausschreibung im strategischen Programm INFO-STRATEG mit einem Budget von 500 Mio. Złoty (ca. 116 Mio. Euro) und Unterstützung für [...] Projekte, die die Ziele der Plattform Strategische Technologien für Europa (STEP) umsetzen mit einem Budget von 3,8 Mrd. Złoty (ca. 878 Mio. Euro).

Eine Finanzierungsquelle für Projekte im Bereich Gesundheitsschutz ist außerdem der Landesplan für Wiederaufbau und zur Stärkung der Resilienz (Krajowy Plan Odbudowy i Zwiększania Odporności – KPO) mit 1,2 Mrd. Złoty (ca. 277 Mio. Euro) hier die Sparte »Beschleunigung von Prozessen der digitalen Transformation des Gesundheitsschutzes« (D1.1.2: »Przyspieszenie procesów transformacji cyfrowej ochrony zdrowia«) sowie das Akkreditierungsprogramm Innovate PL. Des Weiteren werden im Rahmen der europäischen Fonds zusätzliche 200 Mio. Złoty (46,2 Mio. Euro) für Aufgaben im Bereich Implementierung der KI in Institutionen und Unternehmen freigesetzt. Es gibt zudem die Möglichkeit, Vorhaben aus den Regionalprogrammen der EU, weiteren polnischen Programmen und anderen, nicht-EU-Quellen zu finanzieren.

Im Bereich Entwicklung und Implementierung der KI in Polen sind auch Mittel aus dem öffentlichen Haushalt von wesentlicher Bedeutung. Bisher wurden aus dem Staatshaushalt für die Entwicklung von Sprachmodellen 33 Mio. Złoty (7,6 Mio. Euro) bereitgestellt und geplant sind weitere Investitionen in Höhe von ca. 20–30 Mio. Złoty (ca. 4,6–6,9 Mio. Euro) jährlich. Für den Bau und die Entwicklung von KI-Fabriken wurden für das Jahr 2025 60 Mio. Złoty (ca. 13,9 Mio. Euro) und für 2026 162 Mio. Złoty (37,4 Mio. Euro) vorgesehen. Weitere Ausgaben im Bereich der KI-Entwicklung unmittelbar aus dem öffentlichen Haushalt (teilweise aus dem Budget des Ministeriums für Digitalisierung) betrugen im Jahr 2025 mehr als 100 Mio. Złoty (23,1 Mio. Euro). Mit einer vergleichbaren Summe wird für 2026 geplant.

Die Begutachtung für die Bewilligung dieser Mittel verantwortet der Rat des Fonds für Künstliche Intelligenz.

Geplant ist auch, Risikokapital-Sonderfonds für die KI-Branche einzusetzen. Die Gewährung eines angemessenen Kapitals erlaubt polnischen Start-ups, den Prozess der Skalierung ihrer Systeme durchzuhalten, denn gerade sie sind es, die Innovationen in die Technologieökosysteme einbringen.

Für die Finanzierung von Investitionen im Bereich KI-Entwicklung in Polen wird das Programm Deep Tech des Polnischen Entwicklungsfonds (Polski Fundusz Rozwoju – PFR) zur Unterstützung neuer Technologien von Bedeutung sein. Ein hier eingerichteter Fonds verfügt über 300 Mio. Zloty (ca. 69,3 Mio. Euro) aus dem öffentlichen Haushalt. Das Kapital soll durch private Investoren mindestens verdoppelt werden. Das Programm wurde von PFR Ventures, dem Investitionsrahmen des PFR, mitgegründet und wird von diesem verwaltet.

Das Ziel ist es, ein starkes Ökosystem technologischer Innovationen, einen dynamischen Risikokapitalmarkt und Sicherheit bei der Einführung innovativer Systeme zu schaffen. Das Programm zur Unterstützung und Förderung innovativer Lösungen für die Wirtschaft setzt die Einführung von Anreizen voraus, die privates Kapital im Risikokapitalsektor für die Finanzierung der Entwicklung neuer Technologien mobilisieren.

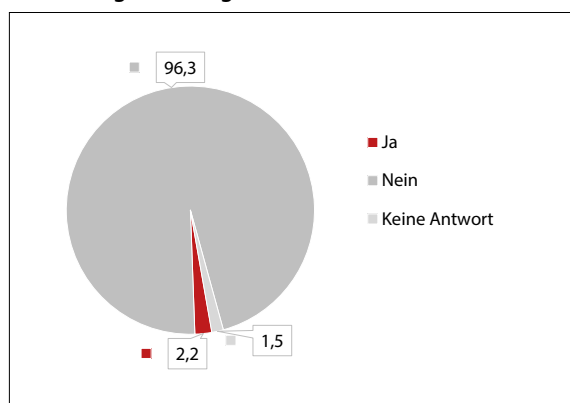
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Cyfryzacji [Das Ministerium für Digitalisierung]: Polityka rozwoju sztucznej inteligencji w Polsce do 2030 r. [Die Politik für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz in Polen bis 2030]. 11/2025. <https://www.gov.pl/web/cyfryzacja/polityka-rozwoju-sztucznej-inteligencji-w-polsce-do-2030-roku--bezpieczne-i-odpowiedzialne-wykorzystanie-sztucznej-inteligencji> (abgerufen am 28.08.2026).

UMFRAGEN

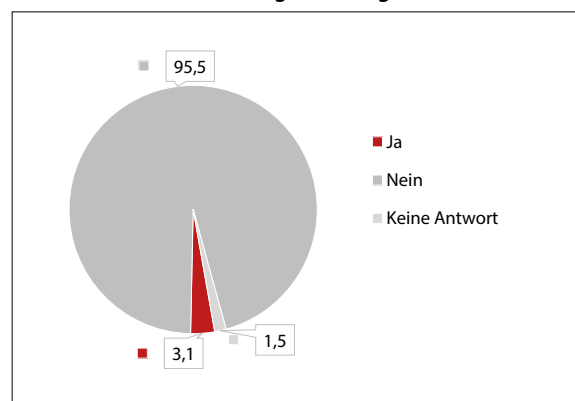
Umfragen in der Bevölkerung zur KI-Nutzung

Grafik 1: Ich habe infolge der Einführung Künstlicher Intelligenz meine Arbeit verloren bzw. weniger Aufträge. (%)



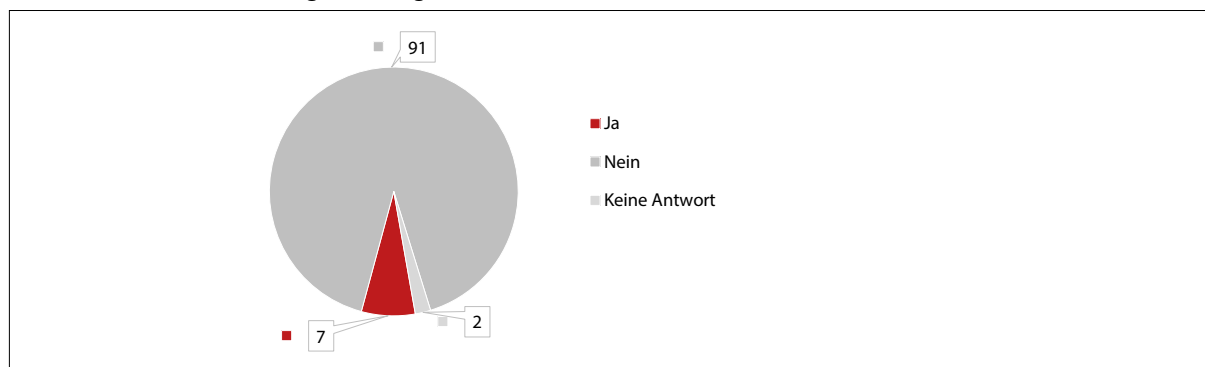
Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 59/2026: Czy sztuczna inteligencja (AI) jest zagrożeniem dla rynku pracy? [Ist Künstliche Intelligenz (KI) eine Gefahr für den Arbeitsmarkt?] Warszawa 06/2026. www.cbos.pl

Grafik 2: Jemand aus meiner Familie oder meinem nahen Bekanntenkreis hat infolge der Einführung Künstlicher Intelligenz seine Arbeit verloren bzw. weniger Aufträge bekommen. (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 59/2026: Czy sztuczna inteligencja (AI) jest zagrożeniem dla rynku pracy? [Ist Künstliche Intelligenz (KI) eine Gefahr für den Arbeitsmarkt?] Warszawa 06/2026. www.cbos.pl

Grifik 3: Ich befürchte, dass ich infolge der Einführung Künstlicher Intelligenz in nächster Zeit meine Arbeit verlieren bzw. weniger Aufträge bekommen werde. (%)

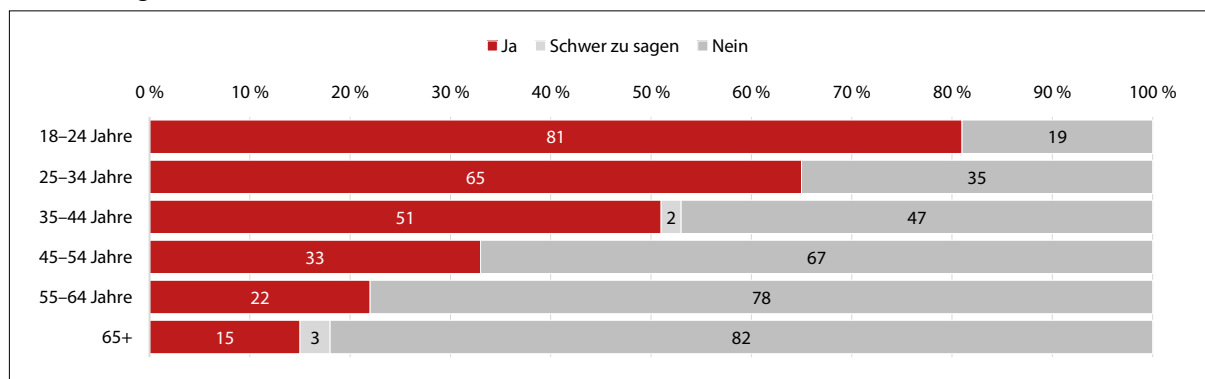


Ich befürchte, dass ich infolge der Einführung Künstlicher Intelligenz in nächster Zeit meine Arbeit verlieren bzw. weniger Aufträge bekommen werde. (% nach Geschlecht, Alter, Wohnort, Ausbildung und Berufsgruppe/soziale Gruppe)

	Ja	Nein	Keine Antwort
Geschlecht			
Männer	7	91	1
Frauen	7	90	3
Alter			
18–24 Jahre	11	89	0
25–34 Jahre	9	88	3
35–44 Jahre	8	91	1
45–54 Jahre	6	91	3
55–64 Jahre	8	90	2
65+	4	92	4
Wohnort			
Dorf	8	90	2
Stadt bis 19.999 Einwohner	4	94	2
20.000–99.999	5	91	4
100.000–499.999	4	94	2
500.000+	14	83	3
Ausbildung			
Sekundarstufe 1	6	93	1
Berufsausbildung	5	91	3
Abitur	6	92	2
Hochschulausbildung	10	88	2
Berufsgruppe/soziale Gruppe			
Führungskräfte, Fachkräfte mit akademischer Bildung	8	90	2
Facharbeiter, Techniker	0	100	0
Verwaltungs-, Büroangestellte	18	80	3
Angestellte im Dienstleistungsbereich	6	94	0
Qualifizierte Arbeiter	2	95	3
Unqualifizierte Arbeiter	13	87	0
Bauern	7	93	0
Selbständige	8	89	3
Arbeitslose	30	70	0
Rentner	4	91	5
Invalidenrentner	2	98	0
Schüler und Studenten	13	87	0
Personen, die sich um den Haushalt und Angehörige kümmern	7	90	3

Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 59/2026: Czy sztuczna inteligencja (AI) jest zagrożeniem dla rynku pracy? [Ist Künstliche Intelligenz (KI) eine Gefahr für den Arbeitsmarkt?] Warszawa 06/2026. www.cbos.pl

Grifik 4: Haben Sie in den letzten drei Monaten Anwendungen der generativen Künstlichen Intelligenz (KI) genutzt? (%)*



*Antworten derer, die angaben, regelmäßig das Internet zu nutzen.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 64/2026: Korzystanie ze sztucznej inteligencji [Die Nutzung Künstlicher Intelligenz]. 06/2026. www.cbos.pl

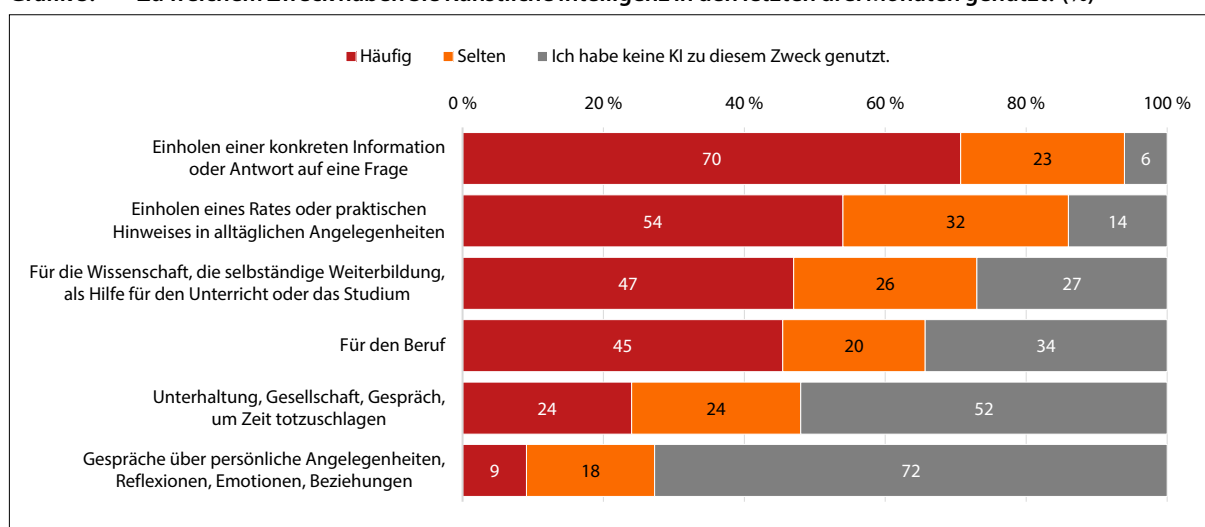
Tabelle 1: Aus welchen Gründen haben Sie keine Anwendungen der Künstlichen Intelligenz genutzt? (%)

Alter	Ich hatte keinen Bedarf.	Ich wusste nicht, dass es solche Anwendungen gibt.	Ich weiß nicht, wie ich sie nutzen kann.	Ich habe Angst um meine Privatsphäre, die Sicherheit der Daten bzw. ihren Schutz.	Ich traue den KI-generierten Antworten nicht.	Ich halte das für unredlich, es geht gegen meine Überzeugungen.	Anderer Grund
18-24 Jahre	47	0	8	24	60	21	0
25-34 Jahre	58	8	18	27	46	29	2
35-44 Jahre	76	3	17	26	29	17	1
45-54 Jahre	65	11	25	31	27	12	1
55-64 Jahre	69	10	29	23	22	7	1
65+	64	15	44	22	26	11	2

Es konnten mehrere Antworten gegeben werden.

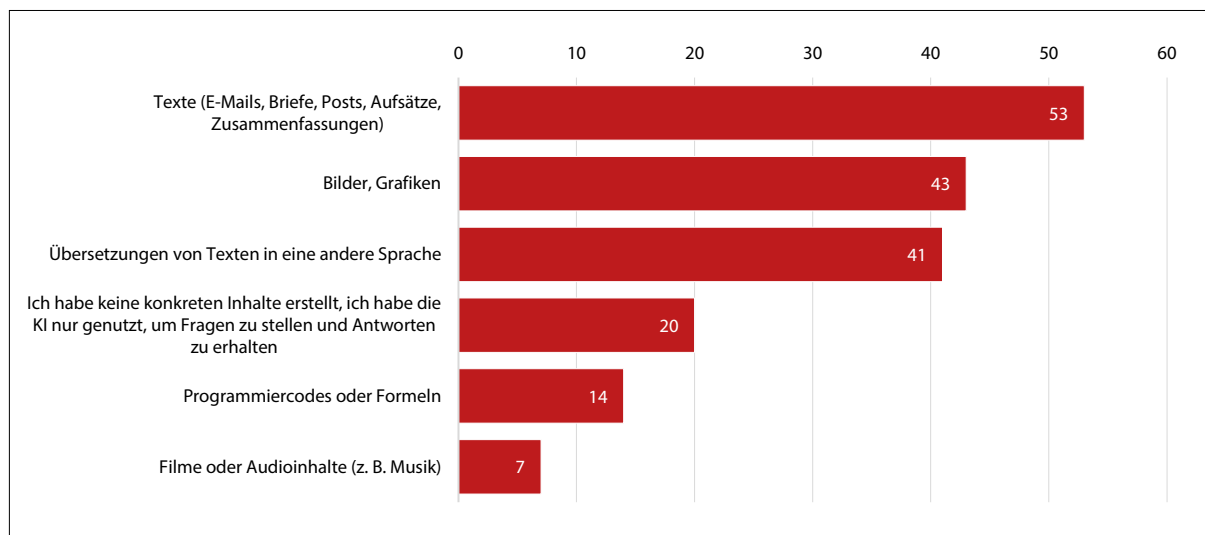
Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 64/2026: Korzystanie ze sztucznej inteligencji [Die Nutzung Künstlicher Intelligenz]. 06/2026. www.cbos.pl

Grifik 5: Zu welchem Zweck haben Sie Künstliche Intelligenz in den letzten drei Monaten genutzt? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 64/2026: Korzystanie ze sztucznej inteligencji [Die Nutzung Künstlicher Intelligenz]. 06/2026. www.cbos.pl

Grafik 6: Welche Art von Inhalten haben Sie in den letzten drei Monaten mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz erstellt? (%)



Es konnten mehrere Antworten gegeben werden.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 64/2026: Korzystanie ze sztucznej inteligencji [Die Nutzung Künstlicher Intelligenz]. 06/2026. www.cbos.pl

CHRONIK

7. Juli – 14. August 2026

07.07.2026	Am Rande des NATO Summit Defence Industry Forum in Ankara gibt Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz bekannt, dass Polen, die USA, die Niederlande, Deutschland und Schweden eine Wartungsvereinbarung für Patriot PAC3-Abfangraketen in Europa unterzeichnet haben. Dadurch könne Zeit gespart werden, da der Transport und die Wartung in den USA bisher z. T. zwei Jahre in Anspruch genommen hätten.
08.07.2026	Auf der Pressekonferenz nach dem zweitägigen NATO Summit Defence Industry Forum in Ankara teilt Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz mit, dass zur Verbesserung der Versorgungssicherheit der Streitkräfte das bestehende Ölpipelinennetz für die zivile und militärische Nutzung von Westdeutschland nach Polen, in die baltischen Länder und in die Länder der Visegrád-Gruppe ausgebaut und modernisiert werden soll. NATO-Generalsekretär Mark Rutte beziffert die Investition auf 27 Mrd. Euro.
09.07.2026	In einer Erklärung warnt das Außenministerium vor russischen Falschinformationen über das Massaker von Wolhynien (1943), die Russland zunehmend in Umlauf bringe. Das Ziel Russlands sei es dabei, das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine, gegen die Russland einen Angriffskrieg führt, zu zerstören. Der Kontext ist, dass bei dem Massaker von Wolhynien Zehntausende polnischer Zivilisten durch Angehörige der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) ermordet worden waren. Nachdem der aktuelle Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskij, unlängst eine ukrainische Militäreinheit nach der UPA benannt hat, kam es zu Spannungen zwischen Polen und der Ukraine. In der Ukraine wird der Freiheitskampf der UPA gegen die damalige Sowjetunion betont, in Polen wird v. a. der »Völkermord« an der polnischen Bevölkerung thematisiert.
10.07.2026	Das Außenministerium teilt mit, dass in Paris heute das erste polnisch-französische Treffen der Steuerungsgruppe für Nukleare Zusammenarbeit stattgefunden hat. Dahinter steht die Initiative des französischen Präsidenten Emanuel Macron, in Europa einen strategischen Dialog über das Konzept einer erweiterten Abschreckung zu führen.

11.07.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz nimmt in Olyka (Oblast Wolyn, Ukraine) an einer Gedenkfeier für die Opfer des Massakers von Wolhynien (1943) teil, das die Ukrainische Aufständische Armee (ukr. UPA) an polnischen Zivilisten verübt hat. In seiner Ansprache ruft der Minister zu Wahrheit, Erinnern und Vergebung auf.
13.07.2026	Außenminister Radosław Sikorski ruft auf der EU-Außenministerkonferenz (Rat »Auswärtige Angelegenheiten«) in Brüssel dazu auf, die von Russland angegriffene Ukraine beim Wiederaufbau ihrer zerstörten Energieinfrastruktur zu unterstützen. Mit Blick auf den nächsten Winter sei dies dringend. Außerdem drängt Sikorski auf die Verhängung eines weiteren, 21., EU-Sanktionspakets gegenüber Russland.
15.07.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz beruft einen General und drei Oberste an die Spitze der neu gebildeten Grenzschutzkomponente (Komponent Obrony Pogranicza) mit vier Brigaden, das sind die Brigade Podlachien, Brigade Ermland-Masuren, Brigade des Bug-Gebietes sowie Brigade Przemyśl. Die Grenzschutzkomponente der Streitkräfte soll mit dem Grenzschutz sowie Zivilbehörden zusammenarbeiten.
16.07.2026	Thema eines Treffens von Paweł Zalewski, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, und Stephanie Holmes, stellvertretende Botschafterin der USA in Polen, ist eine ständige Präsenz der US-Streitkräfte in Polen.
17.07.2026	Präsident Karol Nawrocki legt sein Veto gegen das Gesetz über den Status von nahen Angehörigen ein. Das Gesetz regelt z. B. Eigentums- und Informationsrechte von Menschen, die in einer informellen – heterosexuellen oder homosexuellen – Partnerschaft leben. Nawrocki begründet die Verweigerung seiner Zustimmung damit, dass das Gesetz durch die Hintertür den per Verfassung definierten Status der Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau aufweichen könnte.
20.07.2026	Das Innenministerium gibt bekannt, dass die vorläufige Aussetzung des Rechtes, an der polnisch-belarussischen Grenze einen Asylantrag zu stellen, um weitere 60 Tage verlängert wurde. Sie gilt nicht für sensible Personengruppen. Es ist die achte Aussetzung in Folge; damit soll dem von Russland und Belarus herbeigeführten Migrationsdruck aus Drittstaaten an der EU-Außengrenze entgegengewirkt werden.
21.07.2026	Innenminister Marcin Kierwiński und Andrius Kubilius, EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, unterzeichnen einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der EU-Satellitenkonstellation IRIS ² . Polen stellt dafür ca. 656 Mio. Euro zur Verfügung, was nach Angaben des Innenministeriums ca. zehn Prozent der Gesamtkosten sind. Die Satelliten sollen u. a. für Verteidigung, Sicherheit und Notfalldienste zur Verfügung stehen.
22.07.2026	Polen und Großbritannien unterzeichnen in Warschau eine Roadmap zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von ausländischer Desinformation. Vorgesehen ist u. a. der Austausch von Daten und Informationen.
23.07.2026	Ministerpräsident Donald Tusk, Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und Cezary Tomczyk, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, nehmen an der Unterzeichnung von 14 Verträgen für die Finanzierung von Projekten im Bereich Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit mit einem Gesamtwert von ca. 351 Mio. Złoty (ca. 81 Mio. Euro) teil. Sie sind im Programm PERUN angesiedelt, das vom Verteidigungsministerium und vom Ministerium für Wissenschaft und Hochschulen finanziert wird. PERUN unterstützt die Entwicklung von innovativen Sicherheits- und Verteidigungstechnologien.
24.07.2026	Nach Ablauf eines Ultimatums um Mitternacht verkündet Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dass rund 30 PiS-Abgeordnete die Partei zugunsten der Vereinigung Entwicklung Plus (Rozwój Plus) verlassen hätten. Diese war von Mateusz Morawiecki, PiS-Abgeordneter und ehemaliger Ministerpräsident, gegründet worden; Morawiecki beziffert die Anzahl von Entwicklung Plus auf über 40 Abgeordnete. Kaczyński deutet die Gründung von Entwicklung Plus als Versuch, die PiS zu spalten. Mit einem Ultimatum wollte er eine Entscheidung für oder gegen die PiS herbeiführen, indem er eine Zugehörigkeit zu beiden Organisationen ausschloss. Morawiecki hingegen betont, er wolle mit Entwicklung Plus die PiS bereichern sowie ein breiteres Wählerspektrum im rechtskonservativen Lager ansprechen und somit die Einheit des Lagers stärken.
24.07.2026	Vizeverteidigungsministerin Magdalena Sobkowiak-Czarnecka wird von Thomas G. DiNanno, US-Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle, empfangen. Bei dem Treffen sei die von US-Präsident Donald Trump beim NATO-Gipfel in Ankara geäußerte Idee besprochen worden, in der Ukraine die Produktion des Patriot-Abwehrsystems aufzubauen, teilt Sobkowiak-Czarnecka mit. Sie habe der amerikanischen Seite vorgeschlagen, daraus eine trilaterale Kooperation zu machen und die Produktion in Polen zu errichten, da Polen im Gegensatz zu der von Russland angegriffenen Ukraine ein sicherer Ort sei.
25.07.2026	Die Frau, die bei einem mutmaßlich islamistischen Angriff auf dem Christopher Street Day (CSD) in Berlin getötet wird, ist eine polnische Staatsangehörige, die sich mit ihrer Tochter in der Stadt aufhielt. Diese wird bei dem Anschlag verletzt. Die Anzahl der Verletzten liegt bei ca. 30 Personen.
26.07.2026	In Breslau (Wrocław) greifen drei Männer ein ukrainisches Paar im Alter von 20 bzw. 21 Jahren tödlich an.

27.07.2026	Das Außenministerium dementiert nachdrücklich Spekulationen des russischen Präsidenten Wladimir Putin über imperialistische Bestrebungen u. a. von Polen gegenüber der Ukraine. Die Republik Polen werde auch in Zukunft keine Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine erheben und achte die territoriale Integrität der Ukraine. Solcherart Spekulationen seien ein primitiver Versuch der Desinformation mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen der Ukraine und den europäischen Partnern zu zerstören und vom brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine abzulenken, heißt es in der veröffentlichten Erklärung des Außenministeriums.
28.07.2026	Mateusz Morawiecki, Gründer der Vereinigung Entwicklung Plus (Rozwój Plus), teilt mit, dass er das Amt des Chefs der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen im Europaparlament aufgibt. Seine Entschluss stehe im Zusammenhang mit der am selben Tag getroffenen Entscheidung des Politischen Ausschusses von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die Mitglieder der von Morawiecki gegründeten Vereinigung Entwicklung Plus (Rozwój Plus) aus der PiS auszuschließen. Der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen gehört auch die PiS im Europaparlament an.
28.07.2026	Vor der Kabinettsitzung verurteilt Ministerpräsident Donald Tusk mit scharfen Worten den Angriff dreier Männer auf ein ukrainisches Paar vor zwei Tagen in Breslau (Wrocław). Solcherart Gewalt müsse entschieden bekämpft werden. Schläger würden dreist auftreten, da sie politischen Rückhalt aus dem rechtsorientierten Lager bekommen würden. Tusk fordert Präsident Karol Nawrocki auf, zu diesem Vorfall Stellung zu nehmen. Der Sprecher des Präsidenten, Rafał Łeskiewicz, hält dagegen, dass die Regierung offenbar nicht in der Lage sei, die Sicherheit auf den Straßen zu garantieren.
29.07.2026	Der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt bekannt, dass die von ihm gegründete Vereinigung Entwicklung Plus (Rozwój Plus) eine selbständige Fraktion im Sejm bilden wird. Zuvor hatte Morawiecki betont, Entwicklung Plus sei in der Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) angesiedelt, um ein breiteres Wählerspektrum anzusprechen. PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński schloss jedoch die Etablierung eines solchen Flügels in der PiS aus.
30.07.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt mit, dass am frühen Morgen ein mutmaßlich russischer Marschflugkörper in den polnischen Luftraum eingedrungen und bei Tarnawa Kolonia, ca. 50 Kilometer von Lublin (Ostpolen) entfernt, abgestürzt ist. Jagdflugzeuge der polnischen Luftwaffe seien bereit gewesen, die Rakete abzuschießen. In derselben Nacht hat Russland die Ukraine mit einem massiven Luftangriff überzogen.
31.07.2026	Das Außenministerium bestellt den designierten Botschafter der Russischen Föderation ein und übergibt ihm eine Protestnote. Grund ist die Verletzung des polnischen Luftraums am Vortag durch einen russischen Marschflugkörper im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Polen fordere von Russland nachdrücklich die sofortige Unterlassung von Handlungen, die das Leben und die Sicherheit der Bürger und des Luftverkehrs in Polen gefährden können. Polen verurteile alle Versuche Russlands, eine Eskalation an der EU- und NATO-Außengrenze herbeizuführen, heißt es in der vom Außenministerium veröffentlichten Mitteilung.
01.08.2026	Am 82. Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstandes gegen die deutsche Besatzung wird landesweit der Aufständischen gedacht. Der Aufstand endete nach 63 Tagen mit einer Niederlage. Schätzungen zufolge kamen ca. 200.000 Menschen zu Tode.
05.08.2026	In einem in der Gazeta Wyborcza veröffentlichten Interview sagt Staatssekretär im Verteidigungsministerium Cezary Tomczyk, Polen habe gegenüber den USA sein Interesse bekundet, Patriot-Raketen in Polen zu produzieren. Auch die Ukraine wolle dies im eigenen Land. Da sie sich aber im Krieg gegen Russland befindet, sei Polen ein sichererer Produktionsstandort.
06.08.2026	Nach neuesten Angaben von Eurostat lag Polen im Jahr 2025 im Ranking des nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf Platz sechs der EU-Länder. Polens Anteil am Gesamt-BIP der EU-Länder betrug 4,9 Prozent (Deutschland: 23,8 Prozent, Frankreich: 15,9 Prozent, Italien: 12 Prozent).
07.08.2026	Das Ministerium für Kultur und nationales Erbe teilt mit, dass die drei Wochen dauernde Exhumierung polnischer Opfer des Massakers von Wolhynien (1943) in Ostrówki (poln.)/Ostrowky (ukr.) und Wola Ostrowiecka (poln.)/Wolja Ostrowezka (ukr.) (Westukraine) beendet wurde. Es wurden die sterblichen Überreste von 55 Personen, darunter 26 Kinder, gefunden. Ihre erneute Beisetzung soll Ende August stattfinden.
09.08.2026	Das Außenministerium veröffentlicht aus Anlass des sechsten Jahrestages der Präsidentschaftswahl in Belarus eine Solidaritätserklärung mit der belarusischen Zivilgesellschaft. Die Wahl gilt als Scheinwahl, der bisherige Präsident Alexander Lukaschenko blieb im Amt. Mit Blick auf das autoritäre System in Belarus mahnt Polen einen offenen Dialog, Achtung der Bürgerrechte sowie Freilassung und Rehabilitation der politischen Gefangenen in Belarus an.

11.08.2026	Vizeverteidigungsministerin Magdalena Sobkowiak-Czarnecka, Ministerpräsident Donald Tusk und Cezary Tomczyk, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, nehmen in Lodz (Łódź) an der Unterzeichnung der Off-set-Verträge zwischen dem Militär-Luftfahrtunternehmen (Wojskowe Zakłady Lotnicze) und dem US-Unternehmen Boeing über die Einrichtung eines Wartungszentrum für Apache-Helikopter des Typs AH 64E teil. Der Kauf über die 96 Helikopter wurde im Jahr 2024 geschlossen.
12.08.2026	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt in Gdingen (Gdynia) an der Schiffstaufe der Fregatte Wicher teil, die dort auf der Kriegsschiffswerft gebaut wurde. Es sollen noch zwei weitere Fregatten gebaut werden. Für das Modernisierungsprojekt der polnischen Kriegsmarine sind 15 Mrd. Zloty (ca. 3,45 Mrd. Euro) vorgesehen. Die Fregatte Wicher soll zum Schutz des Ostseeraums eingesetzt werden.
13.08.2026	Der Beauftragte für Disziplinarangelegenheiten der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Karol Karski, teilt mit, dass das Disziplinargericht der PiS entschieden hat, 38 Abgeordnete und zwei Senatoren der PiS, darunter der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, aus der Partei auszuschließen. Die Berufungsfrist betrage sieben Tage. Die Betroffenen gehören der Vereinigung Entwicklung Plus (Rozwój Plus) an, die von Morawiecki im April gegründet wurde. Führende PiS-Politiker werten dies als Versuch, die PiS zu spalten.
14.08.2026	Marta Cienkowska, Ministerin für Kultur und nationales Erbe, nimmt in Oulu (Finnland) an einem informellen Treffen der EU-Kulturminister teil. Themen des Treffens sind der Einfluss der Künstlichen Intelligenz auf den Kultur- und Kreativsektor sowie die Kunstfreiheit.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

